

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

99

Laura Dürschmied

Ehrenamt und Arbeitnehmerbegriff



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 99

Laura Dürschmied

Ehrenamt und Arbeitnehmerbegriff



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8640-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-3012-9 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für deutsches, europäisches, internationales Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie wurde mit Beschluss der Juristischen Fakultät vom 06. Mai 2021 als Dissertation angenommen. Die Arbeit ist auf dem Stand von November 2020.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Martin Franzen für die angenehme Zeit am Lehrstuhl, die Unterstützung und immer gute Zusammenarbeit, die mir viel Freude bereitet hat. Ich danke den Mitgliedern des Lehrstuhls für die schönen gemeinsamen Stunden und die Freundschaft. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Freundinnen, Dr. Angelina Behr, Dr. Franziska Greiner-Wittner, Dr. Bettina Stepanek-Bühringer, meinem Mann Christian Dürschmied und meinem Vater, Dr. Norbert Westhoff, für die Diskussionen und Anregungen zum Thema meiner Arbeit und den Rückhalt.

Herrn Professor Dr. Richard Giesen danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Diese Arbeit widme ich meinen Eltern in Liebe und Dankbarkeit.

Berlin, im Oktober 2021

Laura Dürschmied

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	29
Teil 1. Die Analyse des „Ehrenamtsproblems“	38
§ 1. Das „Ehrenamtsproblem“ im Arbeitsrecht	38
A. Das Ehrenamt als Rechtsbegriff?	38
B. Die Analyse der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung: Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem	42
C. Die Zusammenfassung der möglichen Abgrenzungskriterien	61
D. Zwischenergebnis	73
§ 2. Das „Ehrenamtsproblem“ in anderen Rechtsgebieten	73
A. Im Einkommensteuerrecht	74
B. Im Sozialrecht	85
C. Zwischenergebnis und erste These	109
Teil 2. Die Analyse des Ehrenamtsbegriffs in den Gesetzen	111
§ 3. Kategorisierung der Regelungen zum Ehrenamt	111
A. Kategorisierung nach Gesetzeswortlaut (formelles Kriterium): Explizite Regelungen zum Ehrenamt und ehrenamtsähnliche Regelungen	111
B. Kategorisierung nach Regelungsgehalt (materielles Kriterium): Statusregelungen und allehrenamtliche Regelungen	113
C. Zwischenergebnis	118
§ 4. Die Wortwahl der Ehrenamtsregelungen	118
A. Explizite Regelungen zum Ehrenamt	119
B. Ehrenamtsähnliche Regelungen	123
C. Gründe für die Unterscheidung im Wortlaut	139
§ 5. Die Ehrenamtsbegriffe in allehrenamtlichen Vorschriften	145
A. Der Ehrenamtsbegriff in Landes- und Kommunalverfassungen	146

Inhaltsübersicht

B. Der Ehrenamtsbegriff des Verwaltungsverfahrenrechts	163
C. Der Ehrenamtsbegriff des § 2 Abs. 1 Nr. 10 SGB VII	165
D. Der Ehrenamtsbegriff im Umsatzsteuergesetz	170
E. Der Ehrenamtsbegriff im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	181
F. Zusammenfassung	194
§ 6. Die Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit	200
A. Immer zulässig: Aufwendungsersatz	201
B. Problem: Dienstvergütung?	207
C. Zwischenergebnis	247
Teil 3. Die Analyse der Rechtsprechung: Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem im Einkommensteuer- und Sozialrecht	248
§ 7. Die Analyse der Rechtsprechung im Einkommensteuerrecht	248
A. Steuerbarkeit von Einkünften bei Vorliegen einer Gewinnerzielungsabsicht	248
B. Steuerrechtliche Zuordnung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu der hauptberuflichen Tätigkeit	251
C. Die ehrenamtliche Tätigkeit als nichtselbständige Arbeit, § 2 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG	257
D. Zwischenergebnis	258
§ 8. Die Analyse der Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht	258
A. Die ehrenamtliche Tätigkeit als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	258
B. Ehrenamt und Erwerbsmäßigkeit/Erwerbstätigkeit	308
Teil 4. Die Herleitung eines Lösungsansatzes	329
§ 9. Die Erkenntnisse aus den Analysen	329
A. Das Verhältnis des Ehrenamtsbegriffs zum Begriff des Arbeitnehmers bzw. Beschäftigten im Arbeits-, Einkommensteuer- und Sozialrecht	329
B. Die Merkmale des Ehrenamts	330
C. Gemeinsamkeiten im Einkommensteuer- und Sozialversicherungsrecht	333

§ 10. Die Abgrenzung des Arbeitnehmers vom Ehrenamtlichen im Arbeitsrecht	335
A. Die Gegenseitigkeit als entscheidendes Abgrenzungsmerkmal	335
B. Anwendung des Lösungsansatzes auf die Fälle in der Rechtsprechung	338
C. Gesetzgeberischer Regelungsbedarf?	340
Literaturverzeichnis	343

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	29
Teil 1. Die Analyse des „Ehrenamtsproblems“	38
§ 1. Das „Ehrenamtsproblem“ im Arbeitsrecht	38
A. Das Ehrenamt als Rechtsbegriff?	38
B. Die Analyse der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung: Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem	42
I. Die Fälle	42
1. Im Rahmen von Vereinsverhältnissen	42
2. Außerhalb von Vereinsverhältnissen	45
II. Die Lösungen der Rechtsprechung	47
1. Im Rahmen von Vereinsverhältnissen	47
a) DRK-Mitglieder	47
aa) Herkömmliche Rechtsprechung des BAG: Ablehnung der Arbeitnehmereigenschaft	48
bb) Anerkennung der Arbeitnehmerschaft aufgrund Europarechts?	50
cc) DRK-Schwester und Betriebsverfassungsrecht	55
b) Andere Vereinsmitglieder	56
aa) Mitglieder von Fußballvereinen	57
bb) Scientology-Mitglieder	58
2. Außerhalb von Vereinsverhältnissen	59
C. Die Zusammenfassung der möglichen Abgrenzungskriterien	61
I. Das Arbeitsverhältnis als Ausgangspunkt	61
1. Rechtsgrundlage	62
2. Kriterium der persönlichen Abhängigkeit	65
3. Bestehen einer Vergütungspflicht, Zahlung einer Vergütung und ihre Höhe	65
4. Pflichten im Gegenseitigkeitsverhältnis	66
II. Zweck der Tätigkeit	67
III. Schutzzweck des Arbeitsrechts/Gesetzesumgehung	70
	11

Inhaltsverzeichnis

IV. Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, steuerliche Behandlung der einsetzenden Organisation	72
V. Ausübung als Haupt- oder Nebentätigkeit	72
D. Zwischenergebnis	73
§ 2. Das „Ehrenamtsproblem“ in anderen Rechtsgebieten	73
A. Im Einkommensteuerrecht	74
I. Die Beurteilung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nach den allgemeinen Maßstäben des EStG	74
1. Die Steuerbarkeit der Einkünfte	74
a) Die Einkunftsart der nichtselbständigen Arbeit (§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG): Der Begriff des Arbeitnehmers im Einkommensteuerrecht	76
b) Die weiteren relevanten Einkunftsarten (§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 3, 7 EStG)	77
2. Die Steuerfreiheit der Einkünfte	80
II. Konsequenz: Die Stellung des Ehrenamtlichen im Einkommensteuerrecht	84
B. Im Sozialrecht	85
I. Ausrichtung des Sozialversicherungsrechts auf das Beschäftigungsverhältnis	85
II. Die grundlegenden Begriffe der Beschäftigung und des Arbeitsentgelts	86
1. Die Beschäftigung	86
a) Definition der Beschäftigung und Abgrenzung zum zivilrechtlichen Arbeits- und zum steuerrechtlichen Dienstverhältnis	86
b) Besonderheiten in der gesetzlichen Unfallversicherung	87
aa) Die Wie-Beschäftigung	88
bb) Die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	90
2. Das Arbeitsentgelt	92
3. Das Verhältnis von Beschäftigung zu Arbeitsentgelt	94
III. Verhältnis von Beschäftigung und Ehrenamt im Sozialrecht	95
1. Eindeutige Formulierungen zugunsten einer Überschneidung von Beschäftigungs- und Ehrenamtsbegriff	95

2. Uneindeutige Formulierungen	96
a) Die Regelungen zum Einbezug in die gesetzliche Unfallversicherung	96
b) Die Vorschriften des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch über den Anspruch auf Arbeitslosengeld	101
3. Zwischenergebnis	107
IV. Zwischenergebnis	108
C. Zwischenergebnis und erste These	109
Teil 2. Die Analyse des Ehrenamtsbegriffs in den Gesetzen	111
§ 3. Kategorisierung der Regelungen zum Ehrenamt	111
A. Kategorisierung nach Gesetzeswortlaut (formelles Kriterium): Explizite Regelungen zum Ehrenamt und ehrenamtsähnliche Regelungen	111
B. Kategorisierung nach Regelungsgehalt (materielles Kriterium): Statusregelungen und allehrenamtliche Regelungen	113
I. Statusregelungen	113
II. Allehrenamtliche Vorschriften	116
C. Zwischenergebnis	118
§ 4. Die Wortwahl der Ehrenamtsregelungen	118
A. Explizite Regelungen zum Ehrenamt	119
I. Der Begriff „Ehrenamt“	119
II. Der Begriff „ehrenamtlich“	121
III. Zwischenergebnis	123
B. Ehrenamtsähnliche Regelungen	123
I. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements	123
1. Die Verwendung des Begriffs im Gesetz	124
2. Das Kriterium der Bürgerschaftlichkeit	126
3. Das bürgerschaftliche Engagement nach dem Verständnis der Enquete-Kommission in ihrem Bericht „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002)	128
4. Rezeption des Begriffs durch den Gesetzgeber	131
5. Zwischenergebnis	133
II. Der Begriff der Unentgeltlichkeit	134
III. Die fehlende Erwerbsmäßigkeit/Erwerbsabsicht	135
IV. Die fehlende (Haupt-)Berufsmäßigkeit	137

Inhaltsverzeichnis

C. Gründe für die Unterscheidung im Wortlaut	139
I. Historisch bedingte Formulierungen	139
II. Abgrenzungsfunktion: Keine berufsmäßige Tätigkeit	141
III. Klarstellungsfunktion: Unentgeltliche Tätigkeit	143
IV. Zwischenergebnis	145
§ 5. Die Ehrenamtsbegriffe in allehrenamtlichen Vorschriften	145
A. Der Ehrenamtsbegriff in Landes- und Kommunalverfassungen	146
I. Überblick über die Vorschriften und Regelungszweck	146
II. Der Ehrenamtsbegriff in den Landesverfassungen	148
1. Ausgangspunkt: Das Ehrenamtsverständnis der Weimarer Reichsverfassung	149
2. Übertragung auf die Ehrenamtsbegriffe der Landesverfassungen?	150
3. Der Begriff des Amtes	154
4. Zwischenergebnis	158
III. Der Ehrenamtsbegriff in den Kommunalverfassungen	159
B. Der Ehrenamtsbegriff des Verwaltungsverfahrensrechts	163
C. Der Ehrenamtsbegriff des § 2 Abs. 1 Nr. 10 SGB VII	165
D. Der Ehrenamtsbegriff im Umsatzsteuergesetz	170
I. Die ehrenamtliche Tätigkeit als unternehmerische Tätigkeit	170
II. Drei Varianten der ehrenamtlichen Tätigkeit	171
III. Die Einschränkungen des Begriffs der ehrenamtlichen Tätigkeit	176
IV. Zwischenergebnis	180
E. Der Ehrenamtsbegriff im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	181
I. Die Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Grundsicherung	181
1. Arbeitslosengeld und ehrenamtliche Betätigung	182
2. Grundsicherung und ehrenamtliche Tätigkeit	183
II. Ein einheitlicher Ehrenamtsbegriff?	185
III. Die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit im Einzelnen	189
1. Durch Rechtsnormen bestimmbare Kriterien	189
2. Die Auslegung des Ehrenamtsbegriffs durch die Rechtsprechung	190
IV. Zwischenergebnis	193
F. Zusammenfassung	194

§ 6. Die Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit	200
A. Immer zulässig: Aufwendungsersatz	201
I. Insbesondere Auslagenersatz	202
II. Ersatz weiterer Aufwendungen	205
III. Grenzen	205
1. Enger sachlicher Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit	205
2. Pauschalisierung von Aufwendungsersatz und Vorschüsse	206
IV. Zwischenergebnis	206
B. Problem: Dienstvergütung?	207
I. Das Gleichstellungsprinzip	208
1. Der Anwendungsbereich des Gleichstellungsprinzips	208
2. Das Gleichstellungsprinzip aufgrund spezieller Regelungen	210
a) Das Gleichstellungsprinzip als Konsequenz der allgemeinen Begünstigungs- und Benachteiligungsverbote	210
b) Der Vergleichsmaßstab der Gleichstellung	215
aa) Grundsatz: Gleichstellung mit dem hypothetischen „Arbeitnehmer-Ich“	215
bb) Ausnahme: Vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung	219
c) Anspruchsgegner und Schuldner des Gleichstellungsprinzips	222
d) Die Durchbrechung des Gleichstellungsprinzips im BetrVG	223
e) Die Grenzen des Gleichstellungsprinzips	227
f) Zwischenergebnis	228
3. Das Gleichstellungsprinzip nach den allgemeinen Entgeltfortzahlungsregelungen	228
a) Konkretisierung der allgemeinen Entgeltfortzahlungsregelungen durch Tarifverträge	229
aa) Allgemeine Auslegung der tarifvertraglichen Entgeltfortzahlungsbestimmungen	230

Inhaltsverzeichnis

bb) Die Begriffe der staatsbürgerlichen Pflicht und öffentlich-rechtlichen Verpflichtung	231
i) Eine gesetzlich verpflichtende Tätigkeit	231
ii) Die Attribute „öffentlich-rechtlich“ und „staatsbürgerlich“	234
iii) Zwischenergebnis	235
cc) Die Voraussetzung des öffentlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Ehrenamts	235
dd) Weitere mögliche Voraussetzungen der tarifvertraglichen Regelungen	236
ee) Zwischenergebnis	237
b) Allgemeine gesetzliche Voraussetzungen der § 616 BGB und § 19 Abs. 1 Nr. 2 b) BBiG	238
4. Zwischenergebnis	240
II. Das Entschädigungsprinzip	240
III. Verhältnis des Gleichstellungsprinzips zum Entschädigungsprinzip	243
C. Zwischenergebnis	247
Teil 3. Die Analyse der Rechtsprechung: Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem im Einkommensteuer- und Sozialrecht	248
§ 7. Die Analyse der Rechtsprechung im Einkommensteuerrecht	248
A. Steuerbarkeit von Einkünften bei Vorliegen einer Gewinnerzielungsabsicht	248
B. Steuerrechtliche Zuordnung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu der hauptberuflichen Tätigkeit	251
I. Einkünfte aus ehrenamtlicher Tätigkeit als Einkünfte aus der hauptberuflichen Tätigkeit	251
1. Ehrenamtliche Tätigkeit als Teil der hauptberuflichen Tätigkeit	252
2. Einkünfte aus ehrenamtlicher Tätigkeit treten an die Stelle der Einkünfte aus hauptberuflicher Tätigkeit	254
3. Zwischenergebnis	255
II. Ausgaben für die ehrenamtliche Tätigkeit als Betriebsausgaben oder Werbungskosten der hauptberuflichen Tätigkeit	255
C. Die ehrenamtliche Tätigkeit als nichtselbständige Arbeit, § 2 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG	257

D. Zwischenergebnis	258
§ 8. Die Analyse der Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht	258
A. Die ehrenamtliche Tätigkeit als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	258
I. Gesetzliche Unfallversicherung: Ehrenamtliche Tätigkeiten in (zumeist) privatrechtlichen Vereinigungen als Beschäftigung oder „Wie-Beschäftigung“	259
1. Grundsatz: Kein Versicherungsschutz bei Erfüllung einer Mitgliedspflicht	259
2. Ausnahme: Tätigkeiten im Rahmen berufsbezogener Vereinigungen	265
3. Die Voraussetzungen der Wie-Beschäftigung im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeiten	267
4. Dogmatische Einordnung der Rechtsprechung	271
5. Zwischenergebnis	274
II. Sonderfall: Sport als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	275
III. Frühere Rechtsprechung zu Ehrenämtern im öffentlich-rechtlichen Bereich: Bejahung einer Beschäftigung bei Wahrnehmung weisungsgebundener Verwaltungsaufgaben	279
1. Die Entstehung der Definition	279
2. Die Bestimmung einer dem allgemeinen Erwerbsleben zugänglichen Verwaltungstätigkeit	282
3. Zwischenergebnis	284
IV. Änderung der Rechtsprechung zur Beschäftigteneigenschaft ehrenamtlich Tätiger durch Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.08.2017	284
1. Inhalt des Urteils	284
2. Kritische Würdigung des Urteils	287
3. Zwischenergebnis	293
V. Die Aufwandsentschädigung als Arbeitsentgelt?	293
1. Die Anknüpfung an das Steuerrecht	293
2. Das Erfordernis eines geldwerten Vorteils	294
3. Die Rechtslage vor der gesetzlichen Anknüpfung an das Steuerrecht	297
4. Die Behandlung von Entgelten, die für Tätigkeiten geleistet werden, die nicht unter Steuerbefreiungstatbestände fallen	299

Inhaltsverzeichnis

5. Zwischenergebnis	301
VI. Teleologische Reduktion des Arbeitsentgeltbegriffs bei rentenrechtlichen Hinzuverdienstvorschriften?	301
VII. Zwischenergebnis	307
B. Ehrenamt und Erwerbsmäßigkeit/Erwerbstätigkeit	308
I. Der Begriff der Erwerbstätigkeit im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	308
1. Die Rechtslage im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	308
2. Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch	312
3. Zwischenergebnis	317
II. Die erwerbsmäßige und die ehrenamtliche Pflegetätigkeit	317
III. Erwerbsmäßigkeit i.S.d. Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG)	324
IV. Zwischenergebnis	328
Teil 4. Die Herleitung eines Lösungsansatzes	329
§ 9. Die Erkenntnisse aus den Analysen	329
A. Das Verhältnis des Ehrenamtsbegriffs zum Begriff des Arbeitnehmers bzw. Beschäftigten im Arbeits-, Einkommensteuer- und Sozialrecht	329
B. Die Merkmale des Ehrenamts	330
C. Gemeinsamkeiten im Einkommensteuer- und Sozialversicherungsrecht	333
§ 10. Die Abgrenzung des Arbeitnehmers vom Ehrenamtlichen im Arbeitsrecht	335
A. Die Gegenseitigkeit als entscheidendes Abgrenzungsmerkmal	335
B. Anwendung des Lösungsansatzes auf die Fälle in der Rechtsprechung	338
C. Gesetzgeberischer Regelungsbedarf?	340
Literaturverzeichnis	343

Abkürzungsverzeichnis

A.A./a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AGewO	Allgemeine Gewerbeordnung
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alg-II-VO	Arbeitslosengeld-II-Verordnung
allg.	allgemein(e/n)
AllgGO	Allgemeine Gewerbeordnung für die preußische Monarchie
Alt.	Alternative
a.M.	am Main
AMV	Verordnung über die Amtsdauer, Amtsführung und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinsamen Bundesausschusses und der Landesausschüsse der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
ÄnderungsAO	Änderungsanordnung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbGG 1926	Arbeitsgerichtsgesetz von 1926
ArbGG 1953	Arbeitsgerichtsgesetz von 1953
ArbR	Arbeitsrecht
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ArEV	Arbeitsentgeltverordnung
AStA	Allgemeiner Studentenausschuss
Aufl.	Auflage
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Arbeit und Recht
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
AVSG	Bayerische Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze

Abkürzungsverzeichnis

BA	Bundesagentur für Arbeit
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundesangestelltentarifvertrag
BayBezO	Bezirksordnung für den Freistaat Bayern
BayBG	Bayerisches Beamtengesetz
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
BayKiBiG	Bayerisches Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege
BayKWBG	Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen Bayern
BayLKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern
BayRiStAG	Bayerisches Richter- und Staatsanwaltsgesetz
BayVerwGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BB	Betriebs-Berater
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgKomV	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BbgRiG	Brandenburgisches Richtergesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDS	Bormann/Diehn/Sommerfeldt
BDZ	Binz/Dörndorfer/Zimmermann
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeckOGK	beck-online.Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	beck-online.Rechtsprechung
betr.	betreffend
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BetrVRG 1952	Betriebsverfassungsgesetz von 1952
BetrVRG	Betriebsverfassungsreformgesetz
BFD	Bundesfreiwilligendienst
BFDG	Bundesfreiwilligendienstgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGebG	Gesetz über Gebühren und Auslagen des Bundes
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BPatG	Bundespatentgericht
BPersVG	Bundespersönlichkeitsgesetz

BR	Bundesrat
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrats
BremV	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
BRG	Betriebsrätegesetz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BrRichterG	Bremisches Richtergesetz
BRTV	Bundesrahmentarifvertrag
BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestags
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BV	Bayerische Verfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BW	Baden-Württemberg
BWGO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
BWLKrO	Landkreisordnung für Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DB	Deutsche Bahn
Dez.	Dezember
DFB	Deutscher Fußball-Bund e.V.
DFB-SpielO	DFB-Spielordnung
DFL	Deutsche Fußball Liga
d.h.	das heißt
DM	Deutsche Mark
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRK-Gesetz	Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz und andere freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Rotkreuz-Abkommen
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst
EAO	Erreichbarkeits-Anordnung
Ed.	Edition
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EhFG	Entwicklungshelfergesetz
EhrBetätV	Verordnung über die ehrenamtliche Betätigung von Arbeitslosen

Abkürzungsverzeichnis

EhrRiEG	Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter
EL	Ergänzungslieferung
engl.	englisch
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
ErstGrundsBA	Grundsätze für die Entschädigung und die Erstattung der baren Auslagen der ehrenamtlich Tätigen der Bundesagentur für Arbeit
EStDV	Einkommenssteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommenssteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell(e/n)
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
FA	Finanzamt
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FÖJ	Freiwilliges ökologisches Jahr
FÖJG	Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres
FPfZG	Familienpflegezeitgesetz
frz.	französisch
FS	Festschrift
FSJ	Freiwilliges soziales Jahr
FSJG	Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres
FWBA	Fachliche Weisungen der Bundesagentur für Arbeit
gem.	gemäß
GewGG	Gewerbegerichtsgesetz
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GMP	Germelmann/Matthes/Prütting
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare
GO	Gemeindeordnung
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
grds.	grundsätzlich
GrOkD	Grundordnung des katholischen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz
HAG	Heimarbeitsgesetz
HDG	Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst
HeimG	Heimgesetz
HeimwV	Verordnung über die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner in Angelegenheiten des Heimbetriebes
HessGO	Hessische Gemeindeordnung
HessLKrO	Hessische Landkreisordnung
HessV	Hessische Verfassung
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Hamburg
h.M.	herrschende Meinung
HmbRiG	Hamburgisches Richtergesetz
HmbV	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
HRiG	Hessisches Richtergesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
IAVersG	Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung
i.d.F.v.	in der Fassung vom
i.d.R.	in der Regel
i.H.d.	in Höhe des
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
IHKG-SH	Gesetz über die Industrie- und Handelskammern Schleswig-Holstein
i.H.v.	in Höhe von
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
i.R.	im Rahmen
i.R.d.	im Rahmen des/der
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JFD	Jugendfreiwilligendienst
JFDG	Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten
Jg.	Jahrgang
Jh.	Jahrhundert
jurisPR	juris PraxisReport
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
JVKostG	Gesetz über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung

Abkürzungsverzeichnis

JZ	JuristenZeitung
KaufGG	Kaufmannsgerichtesgesetz
KassKomm	Kasseler Kommentar
KdöR	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kfz	Kraftfahrzeug
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KindArbSchV	Kinderarbeitschutzverordnung
KKW	Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann
KRG	Kontrollratsgesetz
KStG	Körperschaftssteuergesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LaRiStAGBW	Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz Baden-Württemberg
LaRiStAGNRW	Landesrichter- und Staatsanwältegesetz NRW
LastAG	Gesetz über den Lastenausgleich
li.	links/-e(r)
lit.	littera, Buchstabe
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LRiGRP	Landesrichtergesetz Rheinland-Pfalz
LRiGSA	Landesrichtergesetz Sachsen-Anhalt
LRiGSH	Landesrichtergesetz Schleswig-Holstein
LSG	Landessozialgericht(e)
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
LStR	Lohnsteuerrichtlinie
max.	maximal
m.E.	meines Erachtens
MiLoG	Mindestlohngesetz
Mio.	Millionen
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
MKLS	Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt
MPI Soc	Max Planck Institute for Social Law and Social Policy
MTV	Manteltarifvertrag
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MuSchG	Mutterschutzgesetz
MVG-EKD	Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen Kirche Deutschland
MVKomV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpom- mern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NachwG	Nachweisgesetz
n.F.	neue Fassung
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung, außer Kraft
Nieders.	Niedersachsen
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

NJWE-FER	Neue Juristische Wochenschrift – Entscheidungsdienst Familien- und Erbrecht
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr./Nrn.	Nummer(n)
NRiG	Niedersächsisches Richtergesetz
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRWGO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
NRWKrO	Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o.	oben
o.ä.	oder ähnlich(e/en)
o.g.	oben genannte (r/s/n)
Okt.	Oktober
OLG	Oberlandesgericht
PartG	Parteiengesetz
PersVG	Personalvertretungsgesetz
PflegeStatV	Pflegestatistik-Verordnung
PKW	Personenkraftwagen
PlenProt	Plenarprotokoll
PrGS	Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten
PKW	Personenkraftwagen
RAG	Reichsarbeitsgericht
Rahmen-MAVO	Rahmenordnung für eine Mitarbeitervertretungsordnung
RArbBl.	Reichsarbeitsblatt
re.	rechts-/e(r)
RFH	Reichsfinanzhof
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGr	Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge
RhPflGO	Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz
RhPflKrO	Landkreisordnung für das Land Rheinland-Pfalz
RhPflV	Rheinland-Pfälzische Verfassung
RiGBln	Berliner Richtergesetz
RiG M-V	Richtergesetz Mecklenburg-Vorpommern
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RS.	Rückseite
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
RVO	Reichsversicherungsordnung
s.	siehe

Abkürzungsverzeichnis

S.	Seite / Satz, Sätze (<i>bei Rechtsvorschriften</i>)
SaarKSVG	Kommunale Selbstverwaltungsgesetz des Saarlandes
SaarRiG	Saarländisches Richter-gesetz
SaarSchStV-SGBIX	Saarländische Verordnung über die Errichtung und das Verfahren der Schiedsstelle nach § 133 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch
SaarSchStV-SGBXII	Saarländische Verordnung über die Errichtung und das Verfahren einer Schiedsstelle nach § 81 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
SaarV	Saarländische Verfassung
SAGO	Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt
SAKomVG	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
SächsGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen
SächsLKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen
SächsRiG	Richtergesetz des Freistaates Sachsen
SächsV	Verfassung des Freistaates Sachsen
SchiedsAmtsO	Verordnung über die Schiedsämter für die vertragsärztliche (vertragszahnärztliche) Versorgung
Schrb.	Schreiben
SchStV	Verordnung über die Schiedsstelle für Arzneimittelversorgung und Arzneimittelabrechnung
SchwBeschG	Schwerbeschädigtengesetz
SG	Soldatengesetz
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch/-bücher (I-XII)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SH	Schleswig-Holstein
SHGO	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein
SHKrO	Kreisordnung für Schleswig-Holstein
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r/s/n)
SozR	Sozialrecht
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprAuG	Sprecherausschussgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
str.	strittig
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
s.u.	siehe unten
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
SVWO	Wahlordnung für die Sozialversicherung
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung
ThürRiG	Thüringer Richtergesetz
THW	Technisches Hilfswerk

THWEntRiLi	Richtlinie über Entschädigungen und Rechtsschutz für Helferinnen und Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
THWG	Gesetz über das Technische Hilfswerk
THWMitgestaltRiLi	Richtlinie über die Mitgestaltung der Helferinnen und Helfer im Technischen Hilfswerk
THWMitwRL	Richtlinie über die Mitwirkung der Helferinnen und Helfer in der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
THWMitwVO	Verordnung über die Mitwirkung der Helfer und Helferinnen im Technischen Hilfswerk
TÜV	Technischer Überwachungsverein e.V.
TV	Tarifvertrag/Tarifverträge
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TzBfG	Teilzeitbefristungsgesetz
u.	und/unten
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
UAbs.	Unterabsatz
umstr.	umstritten
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass
UStDB	Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
u.v.m.	und vieles mehr
UV	Unfallversicherung
UVEG	Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz
UVersG	Unfallversicherungsgesetz
v.	von/vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VBVG	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern
Verf.	Verfasserin
vgl.	vergleiche
VHI	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VV	Vergütungsverzeichnis zum RVG
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WK	Werbungskosten
WPfLG	Wehrpflichtgesetz

Abkürzungsverzeichnis

WRV	Weimarer Reichsverfassung
WzS	Wege zur Sozialversicherung
z.B.	zum Beispiel
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen
z.T.	zum Teil